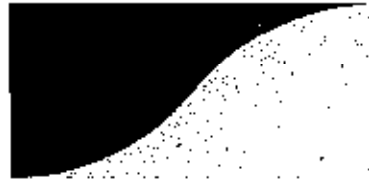


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 36/39
Telex: 8 86 846 ppbn d



Inhalt

Günter Verheugen MdB, Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages, Mitglied der Kommission für internationale Beziehungen beim SPD-Parteivorstand, fordert die Bundesregierung auf, das Rassistenregime in Südafrika zu boykottieren: Durchmogeln geht nicht mehr. Seite 1

Christa Randzio-Plath, Mitglied des AsF-Bundesvorstandes und Leiterin der Delegation der Sozialistischen Fraueninternationale auf der Nairobi-Konferenz, zieht ein Resümee der Frauenkonferenz von Nairobi: Hoffnung für das Jahr 2.000. Seite 4

Dr. Anke Martiny MdB protestiert gegen die Einberufung eines Kriegsdienstverweigerers zum Wintex-Manöver: Dienstverpflichtung durch die Hintertür? Seite 6

40. Jahrgang / 138 / 24. Juli 1985

Bonn kann sich nicht länger durchmogeln

Die Entwicklung in Südafrika macht ein wirksames Engagement gegen den Rassismus erforderlich

Von Günter Verheugen MdB
Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages
Mitglied der Kommission für internationale Beziehungen beim SPD-Parteivorstand

Die Lage in Südafrika hat sich schneller und dramatischer zugespitzt als viele Beobachter erwartet haben. Die von der Bundesregierung und der Koalition ignorierten Warnungen und Befürchtungen der Opposition erweisen sich als richtig. Südafrika ist aufgrund der sturen und uneinsichtigen Rassentrennungspolitik seiner Regierung zu einem weltpolitischen Gefahrenherd erster Ordnung geworden. Apartheid ist Gewalt, und Gewalt erzeugt wieder Gewalt. Der Teufelskreis kann nur durchbrochen werden, wenn die Ursache des Übels beseitigt wird.

Es ist kein Zufall, daß die Gewalteskalation sich genau in dem Augenblick verschärft hat, wo die Regierung der weißen Minderheit innen- und außenpolitische Korrekturen vorgenommen hat. Diese Korrekturen sind auch im Westen als Beginn eines wirklichen Reformprozesses, als „Schritte in die richtige Richtung“ mißverstanden worden. Die Schwarzen in Südafrika hatten sich nicht täuschen lassen. Ihnen war klar, daß die „Verfassungsreform“, die Lockerung bestimmter besonders übler Rassentrennungsgesetze und die Vertragspolitik mit einigen Nachbarn nur ein anderes Instrument zur Fortsetzung der Apartheid war.

Heute ist es die übereinstimmende Meinung der Weltöffentlichkeit, daß die „Reformen“ zu spät kamen und zu wenig Substanz haben. Was also muß geschehen? Ausgangspunkt aller Überlegungen muß sein, daß die Macht in Südafrika bei den Weißen liegt. Ohne ihre Einsicht und ihre aktive Mitwirkung ist ein friedlicher Wandel nicht denkbar. Ein friedlicher Wandel muß aber das Ziel sein. Erreichbar ist er zweifellos nur in einem langfristigen Dialog zwischen den Bevölkerungsgruppen.

Verlag und Redaktion:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit. zuzügl. Mwst und Versand.

Kennzeichen: Ökologischer
Papierverbrauch
Recycling-Papier



Die größte Gefahr besteht vielleicht darin, daß die Radikalisierung der schwarzen Mehrheit bereits so weit fortgeschritten ist, daß selbst der Dialog unmöglich wird. Wer die Haßausbrüche und die Gewalttaten innerhalb der schwarzen Bevölkerung wahrgenommen hat, der muß die Frage stellen, wieviel Einfluß ein gemäßiger Wortführer wie Bischof Tutu tatsächlich hat.

Bevor ein Dialog zustande kommen kann, ist Vertrauensbildung nötig. Die weiße Regierung muß den Mut zu „Vorleistungen“ aufbringen, zum Beispiel durch:

- Freilassung aller politischen Gefangenen einschließlich des ANC-Führers Nelson Mandela,
- Gewährung freier politischer und gewerkschaftlicher Betätigung der Farbigen und Schwarzen,
- Verzicht auf den Hochverratsprozeß gegen die Führer der Bürgerrechtsbewegung UDF,
- Beendigung der Zwangsumsiedlungen,
- Gewährung der Staatsbürgerschaft für alle Südafrikaner.

Es gibt keine Garantie dafür, daß diese Schritte als vertrauensbildende Maßnahmen ausreichen, um das Gespräch über die künftige innere Ordnung Südafrikas beginnen zu können. Jedenfalls wird das Gespräch nicht zustandekommen, wenn das Ziel nicht klar ist: Herstellung der vollen politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Gleichberechtigung aller Menschen, die in Südafrika leben.

Modelle für einen solchen Prozeß gibt es nicht, weil die weißen Südafrikaner anders als die Weißen in Simbabwe praktisch keine Alternative haben. Südafrika ist ihre Heimat, die sie weder verlassen wollen noch können. Die Regierung Botha wagt es nicht, ihre langfristigen Ziele zu nennen, wenn sie denn überhaupt welche hat. Sie darf aber jetzt nicht mehr länger zögern: der Zeiger auf der Uhr steht wirklich nur noch Sekunden vor Zwölf.

Die westliche Politik gegenüber Südafrika muß sich fragen, welche Beiträge sie leisten kann, um den Reformprozeß in Gang zu bringen. Die bisherige Politik der verbalen Distanzierung und tatsächlichen Unterstützung des Apartheid-Regimes ist an ihrer feigen Doppelmoral gescheitert. Im Augenblick sind in Südafrika alle vom Westen enttäuscht. Wenn der Westen über die Menschenrechtsfrage hinaus auch eigene, handfeste Interessen in Südafrika hat (und die hat er schon wegen der wirtschaftlichen Verflechtung), dann schadet er sich mit seinem Nichtstun selbst.

Das gilt ganz speziell für die Bundesrepublik, deren Regierung sich seit der „Wende“ im südlichen Afrika nur noch durchmogelt und am liebsten überhaupt nicht auffallen möchte. Das befriedigt die Weißen nicht, und die Schwarzen werden sich zu gegebener Zeit daran erinnern, wer sie in ihrem Befreiungskampf unterstützt hat und wer nicht. Unsere eigenen Erfahrungen mit dem Rassismus erlegen uns eine besondere Verpflichtung auf: Wir können diese Art von Menschenrechtsverachtung am wenigsten tolerieren.

Heute kommen - und wir wollen einmal die Motive nicht unter die allerschärfste Lupe nehmen - die stärksten Impulse für eine Änderung der Politik gegenüber Südafrika aus den USA. Der amerikanische Kongreß hat Wirtschaftssanktionen beschlossen, und er erwartet von den Europäern mit Recht, daß



sie in ihrer Gier, Geschäfte zu machen, diese Sanktionen nicht unterlaufen. Da sind sie auf einmal alle ganz still, die Dregger, Geissler, Strauß, Wimmer, Klein und so weiter, und so weiter, die sonst jedem das Etikett des Anti-Amerikanismus ankleben, der nicht nach Reagans Pfeife tanzen will.

Wirtschaftssanktionen sind ein umstrittenes und sicher oft untaugliches Mittel. Aber Südafrika ist nicht die Sowjetunion, sondern ein hochentwickeltes kapitalistisches System. Ausgewählte steigerungsfähige und international abgesicherte Sanktionen des Westens sind angesichts der engen Handels- und Kapitalbeziehungen ohne Zweifel ein Hebel, der zu noch stärkerem Druck von der Seite der südafrikanischen Wirtschaft auf die eigene Regierung führen würde. Unabhängig von diesem Argument bleibt festzuhalten, daß die derzeitige Form der Zusammenarbeit des Westens mit Südafrika objektiv den Tatbestand der Beihilfe zur Rassentrennung und Unterdrückung erfüllt.

Nun schreibt selbst die vorzügliche Sachkennerin Marion Gräfin Dönhoff in der „Zeit“, mit Sanktionen werde man nur die Falschen treffen, nämlich die Schwarzen, die dann ihre Arbeitsplätze verlieren würden. In der Tat ist dies das einzige ernsthafte Argument gegen den Übergang zu einer Politik der Sanktionen. Es ist aber nicht ganz zu Ende gedacht: Wenn die Schwarzen ihre Arbeitsplätze verlieren, wer wird dann wohl auf den Ertrag der schwarzen Arbeitsplätze verzichten müssen? Und wer wird wohl länger verzichten können?

Es ist wahr - für einen Teil der Schwarzen werden Sanktionen zumindest bedeuten, daß sie Opfer bringen müssen. Aber wer sagt uns, daß ihnen ihre schlecht bezahlten Arbeitsplätze von heute wichtiger sind als die Chance auf soziale Gerechtigkeit morgen? Woher nehmen wir das Recht zu glauben, die schwarzen Arbeiter hätten nicht nur ihre Arbeitskraft, sondern auch ihre Menschenwürde verkauft? Die Führer der Schwarzen im südlichen Afrika, die vielleicht die Wünsche und Bedürfnisse ihrer Schwestern und Brüder etwas besser kennen als außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, sagen uns jedenfalls: Tut endlich etwas, bevor nichts mehr hilft! Zeigt Südafrika, daß ihr es ernst meint. Mich überzeugt das. Wir sollten nicht länger zögern. (-/24.7.1985/vo-he/rs)

+ + +



Hoffnung für das Jahr 2.000

Die Botschaft der Frauenkonferenz in Nairobi

Von Christa Randzio-Plath

Mitglied des AsF-Bundesvorstandes und Leiterin der Delegation der Sozialistischen Fraueninternationale auf der Nairobi-Konferenz

Erweist sich das UNO-Jahrzehnt der Frau als Papiertiger? In vielen Ländern änderten sich Verfassungen und Gesetze zugunsten der Gleichberechtigung von Mann und Frau. Die weltweite Wirtschaftskrise, die religiösen und kulturellen Traditionen und die männliche Vorherrschaft verhinderten aber eine Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der 2,4 Milliarden Frauen auf der Welt. So gibt es kein Land der Welt und kein wichtiges Gebiet wie Wirtschaft, Gesundheit oder Politik, das die Gleichstellung von Mann und Frau erkennen läßt. Die Welt der Frauen ist eine Liste von Entbehrungen: mehr als die Hälfte der Nahrung in der Dritten Welt, in Afrika sogar 80 Prozent, produzieren Frauen. Da Frauen als Träger der Entwicklung bisher nicht anerkannt worden sind, geht die Entwicklungszusammenarbeit aber in der Regel an den Bedürfnissen der Bevölkerung vorbei. In Industrie und Handel schwanken die Anteile der Frauenlöhne an Männerlöhnen zwischen 43 und 75 Prozent. Frauen müssen die Arbeit übernehmen, die Männer ablehnen. Ihre unbezahlte Arbeit im Haushalt würde ein Drittel des jährlichen Weltwirtschaftsprodukts betragen.

In der Dritten Welt waren zwei Drittel der Frauen über 25 Jahren niemals in einer Schule. Obwohl Frauen mindestens die Hälfte der Wahlbevölkerung ausmachen, besetzen sie nicht mehr als zehn Prozent der Parlamentssitze und nur in jeder dritten Regierung einen Posten. Zusätzlich lastet immer mehr Verantwortung auf den Frauen: In vielen Ländern sind inzwischen zwischen 40 und 60 Prozent der Haushaltsvorstände Frauen. Die ökonomische und sexuelle Ausbeutung der Frauen hat insbesondere durch die Verlagerung von Produktionsstätten der Multis und westlichen Industrieunternehmen in die Freihandelszonen der Dritten Welt sowie auch durch den Sextourismus und den Mädchen- und Frauenhandel zu Zwecken der Prostitution zugenommen.

Die Bilanz, die Zahlen und Fakten nahelegen, muß enttäuschend sein. Die 12.000 Frauen auf dem Forum 1985 in Nairobi gefielen sich aber weder in Klagen noch in Resignation. Selbstbewußtsein über ihr Leistungsvermögen - welche Frau kennt schon eine 40-Stunden-Woche? -, Vertrauen in ihre Stärke und Solidarität und Verständnis zwischen Frauen aus der Ersten und Dritten Welt prägten die über 2.000 Werkstattgespräche, Podiumsdiskussionen, Konferenzen und Seminare, die Theaterstücke, Filme, Lieder (es ist härter Mais zu essen als zu lernen) und Tänze. Amunata, der kenianische Theaterbeitrag zur Frauendekade, machte es deutlich: die Änderung der Gesellschaft zugunsten der Frau fängt klein an. Wenn die Frau es nicht fertigbringt, das Stück Huhn als Nahrung für sich genauso zu beanspruchen wie der Mann, wenn die Frau nicht darauf besteht, das Stück Land wie ein Mann erben zu dürfen, wird sich nichts ändern: Wer anders als Frauen sollte auch Fraueninteressen vertreten und durchsetzen können und wollen?

Alle Versuche, die Nairobi-Konferenz zu entpolitisieren, scheiterten: Weder die fehlenden Quartiere noch die mangelhaften Kommunikationsmöglichkeiten oder die Verbote von Demonstrationen hinderten die Frauen daran, als Hälfte des Himmels zu allen brisanten politischen Themen ihre Stellungnahme anzubringen. Ob die Verschleuderung der Steuermittel für Rüstungsausgaben oder die Militarisierung des Weltraums: Überall versuchten Frauen den Brückenschlag von Ost und West, Nord und Süd gegen Krieg und Rüstung, für Entwicklung und Frieden. Ob Rassismus, Apartheid: Erstmals folgte sogar die amerikanische UNO-Delegation der entschiedenen Verurteilung der Apartheid durch die Forums-Frauen. Ob Flüchtlingsfrauen, die Rolle Israels im Nahen Osten: Erstmals gab es Gespräche zwischen den Israelinnen und Palästinenserinnen, denen weitere Treffen in Genf folgen sollen. Schließlich einigte sich auch



die Regierungskonferenz darauf, diese politischen Themen in die Auswertung der Frauendekade und zukünftige Perspektiven von Frauenpolitik aufzunehmen. Ohne den Druck und die Lobby der Nichtregierungsorganisationen wäre es sicherlich einfacher gewesen, die Politik der Frauendekade auf Familienpolitik, Mütter- und Kindersterblichkeit, Gleichstellungsgesetze und Gleichstellungsstellen zu beschränken.

Nairobi 1985 machte es allen klar: Die Frauen wollen über ihre Zukunft selbst entscheiden können. Parallele Aktionen von Frauen in Industrie- und Entwicklungsländern zum Beispiel gegen die Ausbeutung der Frauen durch die Multis, gegen den Frauenhandel zu Zwecken der Prostitution, gegen die ungerechte Weltwirtschaftsordnung, für einen Schuldenerlaß für die ärmsten Entwicklungsländer könnten die Welt verändern. Daher bejahen erstmals auf einer Weltkonferenz so unterschiedliche Frauen den Anspruch der Frauen auf Macht, auf Ämter und Mandate in Wirtschaft und Politik. Ruth Escobar, die brasilianische Abgeordnete plädierte: „Der Machismo ist die Wurzel des Übels, das die Welt befallen hat.“ Bella Abzug, die amerikanische Frauenrechtlerin, meinte: „Solange wir Frauen nicht den Zugang zu Macht haben, können wir vom Ende des Hungers, der Ausbeutung, des Sexismus und des Krieges nur träumen.“ Konsequenz forderte die einzige gewählte kenianische Abgeordnete Phoebe Aziyo die Frauen auf, „andere Frauen zu unterstützen“.

Ein neues Frauenverständnis von Feministinnen, autonomen Frauengruppen, traditionellen Frauenverbänden und politischen Frauenorganisationen verheißt eine neue Stärke: Den Frauen ist überdeutlich, daß sie ohne eine Beteiligung an wirtschaftlicher und politischer Macht die zunehmende Armut der Frauen überall auf der Welt nicht beseitigen können. Die Ministerinnen für Frauenfragen aus allen Kontinenten stimmen ihnen zu. Und deswegen fordern Rabiya Bhuiya, die Frauenministerin von Bangladesh, Anita Gradin, die schwedische Frauenministerin oder die amerikanische Feministin Betty Friedan gemeinsam mit allen Forums-Frauen: weitere Frauenkonferenzen weltweit, die Verlängerung des Frauenjahrzehnts zum Jahr 2.000. Regierungen und Parlamente sollen aus ihrer Verantwortung, Frauenrechte und Frauenwürde zu respektieren und zu verwirklichen, nicht mehr entlassen werden!

(-/24.7.1985/va/rs)

+ + +



Als Kriegsdienstverweigerer bei Wintex

Beabsichtigt die Bundesregierung Dienstverpflichtungen durch die Hintertür?

Von Dr. Anke Martiny MdB

Konkreter Vorfall in Bayern: Ein anerkannter Kriegsdienstverweigerer, der an einer kommunalen Behörde beschäftigt ist, wurde aufgefordert, sich an der NATO-Stabsübung Wintex zu beteiligen. Er wandte sich an einen Landtagsabgeordneten um zu erfahren, ob er dazu verpflichtet ist. Der Landtagsabgeordnete ging der Sache nach, die bayerische Staatsregierung wich aus.

Deshalb habe ich jetzt an die Bundesregierung vier Fragen gerichtet:

1. Hat ein anerkannter Kriegsdienstverweigerer, der an einer kommunalen Behörde beschäftigt ist, das Recht, seine Mitarbeit im Rahmen der NATO-Stabsübung Wintex zu verweigern?
2. Wie ist die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes in diesem Rahmen zu sehen?
3. Welche Weisungen wurden zu diesem Problem den Behörden gegeben?
4. Ist die Bundesregierung bereit, bei zukünftigen Übungen den Bedenken von Bürgern unabhängig von der juristischen Beurteilung Rechnung zu tragen?

Hoffentlich ergibt die Antwort der Bundesregierung eindeutige Positionen.

Diese wären beispielsweise auch dafür wichtig, um zu ermitteln, ob Frauen, die ja zur Bundeswehr nicht herangezogen werden können, und für die unsere Verfassung die Beteiligung an kriegerischen Handlungen - auch durch Befehle zu solchen - ausdrücklich ausschließt, durch die Hintertür dennoch in solcher Weise verpflichtet werden könnten.

(-/24.7.1985/vo/rs)

+ + +

